

IK-	KORR	Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V. Postfach 790103, 13015 Berlin	5/98
Insiderkomitee			Oktober

Jour Fixe im September 1998:

Sinn und Unsinn der "politisch-ideologischen Diversion (PID)"

Erfreulicherweise gab es auch diesmal wieder eine lebhafte und kontroverse Debatte. Angelegt war das wohl schon in den unterschiedlichen Erfahrungen und Erkenntnissen, die in den einleitenden Beiträgen des Philosophen Prof. Wolfgang Eichhorn I und des Juristen Prof. Helmut Eck sichtbar wurden. Ein Insider, der über Erfahrungen mit der "PID" in einer Kreisdienststelle sprach, sah sich allerdings zu der Frage an Prof. Eck veranlaßt, ob man an der Juristischen Hochschule des MfS denn gar nicht von den *Problemen* der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre in der DDR gewußt habe, wie sie von Prof. Eichhorn verdeutlicht wurden. Aber der Reihe nach:

Klaus Eichner leitete den Abend mit einem Zitat aus (inzwischen publizierten) Notizen Markus Wolfs vom Herbst 1989 ein: "Genosse Mielke ist stolz auf die Erfindung des Begriffs ideologische Diversion - diesen im rechtlichen Sinne verschwommenen Kautschukterminus, der später strafrechtlich untersetzt wurde und die Möglichkeit schuf, jede Abweichung von der Politik der Partei- und Staatsführung, die mit irgendwelchen Absichten westlicher Stellen zu korrespondieren schien, zu kriminalisieren und zum Gegenstand operativer Maßnahmen zu machen....Eine Folge war ein so dichtes Gefüge der Präsenz, operativer Maßnahmen und unterschiedlicher repressiver Schritte, daß beim Bürger der Eindruck der Allgegenwart der Staatssicherheit entstehen mußte, der bei vielen Angst auslöste, die nun in Haß umschlägt."

Prof. Eichhorn stellte an den Beginn seiner Ausführungen, daß der Kalte Krieg, der auch nicht zuletzt gegen die DDR geführt wurde (und heute noch Fortsetzung findet) bei der Behandlung des Themas nicht außer Betracht bleiben kann, jedoch das PID-Konzept kein adäquater Reflex darauf war. Am Beispiel der Strömung des "Ethischen Sozialismus" stellte er dar, wie für die sozialistische Bewegung engagierte Kräfte in der DDR als Demagogen und Irreführer der Arbeiterbewegung verunglimpft wurden. Gleiches widerfuhr den "Austromarxisten", die in den zwanziger Jahren hervorragende Beiträge zur Theorie des Sozialismus und zum Kampf gegen den Militarismus und die faschistische Gefahr leisteten. Da ihre Auffassungen nicht in die in der DDR herrschende Rezeption des wissenschaftlichen Sozialismus paßten, wurden sie als Feinde abqualifiziert, sogar als besonders gefährliche, weil sie sich das Mäntelchen von Marxisten umgehängt hätten. Der Redner zeigte, wie diese Enge und Intoleranz die wissenschaftliche Arbeit beeinträchtigten, theoretisches

Niveau und offensive Kraft verlustig gingen. Das PID-Konzept hat mit seiner vorgefaßten Verdächtigung jeglicher "Abweichung" (wer wick wovon ab ?) als "Aufweichung" zu diesen für die DDR abträglichen Wirkungen beigetragen. Als Sozialisten brauchen wir ein anderes Konzept: Offenheit, Streitbarkeit; Toleranz.

Prof. Eck ging ebenfalls davon aus, daß das PID-Konzept als eine Grundlage und ein Teil der Sicherheitskonzeption der DDR eine Reaktion auf den Kalten Krieg war, allerdings eine völlig überzogene. Der Begriff der PID habe nicht zwischen normalen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen einerseits und psychologischer Kriegführung andererseits unterschieden. Die Juristische Hochschule des MfS habe versucht, sich entgegenzustellen, aber gegen Minister Mielke nicht ankommen können. Auch den ähnlich diffusen Begriff der politischen Untergrundtätigkeit ("PUT"), der auf den PID-Vorstellungen aufbaute, habe die JHS Potsdam zumindest versucht zu präzisieren, indem Kriterien erarbeitet wurden, wann zu Recht von PUT gesprochen werden könne. Es habe in der DDR niemals Aktivitäten gegeben, die diese Kriterien sämtlich erfüllten, jedoch in der Praxis des MfS sei diese Arbeit der eigenen Hochschule gar nicht zur Kenntnis und Anwendung gekommen. Der Redner sieht für die DDR letztlich schädliche Wirkungen des PID-Konzepts: die damit gegebene Wegorientierung von offensiver ideologischer Arbeit und Degradierung des MfS zu einer "Ideologiepolizei".

Die Diskutanten aus territorialen Dienstseinheiten des MfS, aus der HVA, der ZAIG und den Linien XVIII und XX brachten eine Vielzahl von Aspekten des Themas zur Sprache wie:

- Tatsächlich begegneten die an die Wurzel gehenden antifaschistischen Veränderungen und der Sozialismusversuch feindseligen Aktionen - global unter dem Stichwort "roll back" (Kennan). Die psychologische Kriegführung war real und wesentliches Moment des Kalten Krieges. Die Abwehr war Souveränitätsrecht der DDR.
- Die Suche nach einem vermuteten Masterplan der PID sei eine Projektion des DDR-Zentralismus auf die BRD gewesen und habe blockiert, die Spontaneität und eigene Logik ideologischer Prozesse und deren Reproduktion zu verstehen.
- Die Suche der Ursachen für Probleme innerhalb der DDR in äußeren Einflüssen habe ihre Kehrseite in der Leugnung oder Verdrängung der *inneren* Widersprüche und Konflikte gehabt. Aus dem PID-Konzept folgte - wie mehrfach belegt wurde - die Charakterisierung von Haltungen, die den offiziellen Auffassungen nicht entsprachen, als von außen hereingetragen oder induziert. Das verunsicherte auch für die DDR engagierte Menschen, für die aufgrund ihrer Lagekenntnisse Tatsachenverfälschungen in Agitation und Propaganda der SED offensichtlich waren.
- Mit der Begriffsbildung "feindlich-negativ" wurden qualitativ unterschiedliche Erscheinungen gleichgesetzt.
- Nicht selten erlangte in Dienstseinheiten des MfS die Bekämpfung der PID und PUT eine Alibi-Funktion, indem mit Berichten über Aktivitäten in dieser Richtung der Mangel an Ergebnissen in der Aufdeckung und Bekämpfung geheimdienstlicher Tätigkeit kaschiert wurden.

Nicht verschweigen möchte ich, daß in der Diskussion - nicht zum ersten Male - die Sorge artikuliert wurde, unsere selbstkritische Auseinandersetzung mit

verschiedenen Seiten der Geschichte und Tätigkeit des MfS könnte Wasser auf die Mühlen der Gauck, Kittlaus & Co lenken. Ich denke, daß wir uns an einer Kritik an allem, was in unserer Arbeit nicht sozialistisch war, nicht hindern lassen dürfen. Aber das wird wohl immer wieder ein Thema unserer internen Selbstverständigung sein.

Ein Beitrag dazu könnte werden, wenn wir den an diesem Abend unterbreiteten Vorschlag aufgreifen,

in einem der nächsten Jour fixe das Verhältnis von Recht und Politik zu diskutieren.

Klaus Panster